

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung  
Samstag, 11. April 2009

## „Ich strebe kein Regierungsamt in Sachsen an“

Herr Bundesminister de Maizière, fühlen Sie sich eigentlich wohl am Ende der Amtszeit der großen Koalition?

Na ja, wohlfühlen klingt nach Wohlfühlgesellschaft und sich wohl sein lassen. So fühle ich mich nicht. Wir sind mitten in einer Wirtschaftskrise. Aber ich mache meine Arbeit gern.

Was machen Sie besonders gern und was nicht?

Das was mir nicht gefällt ist gleichzeitig das, was mir gut gefällt: Oft muss ich mich um mehrere schwierige politische Themen gleichzeitig kümmern. Man wendet sich nicht ans Bundeskanzleramt, wenn alles schon gelöst ist. Zehn Anrufe in zwei Stunden bedeuten oft zehn ebenso unterschiedliche wie schwierige Aufgaben, von der Außenpolitik bis zum Aufbau Ost. Das gleichzeitige Koordinieren von oftmals auseinander strebenden Interessen bei vielen Themen ist schwierig und schön zugleich.

Welchen Ihrer Ministerkollegen mögen Sie, welche nicht so?

Ja, es gibt Unterschiede, aber genauere Angaben dazu möchte ich Ihnen schuldig bleiben. Nur soviel: Der Grad der gegenseitigen Sympathie misst sich nicht nach der parteipolitischen Farbenlehre.

Wie ist Ihr Verhältnis zu Angela Merkel?

Wir verstehen uns gut, haben wechselseitiges unbedingtes Vertrauen und können uns voll aufeinander verlassen. Wir kennen uns seit März 1990, da war sie Pressesprecherin des Demokratischen Aufbruchs. Ich war Sprecher der Berliner CDU.

Wird es nach dem Rücktritt von Hartmut Mehdorn noch eine Bahnprivatisierung geben?

Die Bahn hat unter Mehdorn einen Modernisierungsschub gemacht. Das erkennt man vielleicht nicht an jedem Waggon der Regionalbahn im Meißner Land, aber doch an den vielen modernen und schnellen Strecken. Inzwischen ist das Flugzeug oft unpunktlicher als die Eisenbahn. Zu einem Teil, vielleicht 25 Prozent, andere Investoren zu gewinnen, ist sinnvoll. Nicht gerade in der Krise; man bekäme zu wenig Geld dafür. Aber nach der Krise kann die Suche nach Investoren fortgesetzt werden.

Ein noch offenes Thema ist die Angleichung der Renten in Ost und West.

Die Gespräche dazu sind noch nicht abgeschlossen. Ich habe Zweifel, dass es in dieser Legislaturperiode noch zu schaffen ist. In einer ostdeutschen Rentnerversammlung wird geklagt, dass die Rentenwerte geringer ausfallen als in Westdeutschland. In einer westdeutschen Rentnerversammlung wird geklagt, dass der Zahlbetrag im Osten höher ausfällt. Grund dafür sind die längeren Arbeitsleistungen. Schwer zu verstehen wird das Thema durch die Höherwertung. Dabei geht es um folgendes: Obwohl die ostdeutschen Arbeitnehmer weniger im Durchschnitt verdienen, erhalten sie für ihr Gehalt mehr Anteile auf die zukünftige Rente gutgeschrieben. Das gilt sogar für die Arbeitnehmer in Ostdeutschland, die schon zu 100 Prozent Westgehalt beziehen. Zu einer Gleichbehandlung würde auch gehören, diese Höherbewertung zu beenden. Das fällt natürlich schwer. Damit ihre Eltern im Osten höhere Renten erhalten können, müssten Nachwendegenerationen mit oft von Arbeitslosigkeit unterbrochenem Berufsleben weniger angerechnete Rentenanteile akzeptieren. Das fällt gerade in Krisenzeiten nicht leicht. Eine schnelle Lösung ist daher nicht in Sicht.

Sind Opel und Qimonda noch zu retten?

Ich hoffe und wir arbeiten daran. Für beide ist wichtig, dass ein oder mehrere Investoren gefunden werden. Der Einstieg durch Investoren kann dann mit Bundesbürgschaften abgestützt werden. Der Staat hilft bei der Suche, steigt aber selbst nicht direkt ein. Jedenfalls nicht der Bund. Wir suchen in allen Himmelsrichtungen, nicht nur in China. Mehr will ich nicht andeuten, um die Investorengespräche nicht zu gefährden.

Der Bund kündigt eine eventuelle Zwangsverstaatlichung der Bank HRE an. Das klingt nach Sozialismus und Planwirtschaft, oder?

Ich kenne den Vorwurf. Er klingt nur schlüssig, ist es aber nicht. Im Vergleich zu anderen Ländern ist der Staatsanteil bei der Bewältigung der Krise geringer als in den USA oder Großbritannien. Zudem geht es bei der HRE um den Schutz des Marktes an sich. Das ist eine öffentliche Aufgabe. Die Auswirkungen eines Zusammenbruchs der HRE auf die gesamte Wirtschaft wären verheerend. Die Eigentümer sind im Prinzip schon enteignet. Wir schützen den Steuerzahler, den ein Pleitegehen lassen wäre für alle viel teurer.

Der Innenminister hat die rechtsextreme HDJ verboten. Gibt es bald wieder einen Versuch, die NPD zu verbieten?

Ich halte nicht viel davon. Zunächst ist das Risiko einer Klage gegen ein Verbot hoch. Grund ist das Thema der so genannten V-Leute des Verfassungsschutzes. Außerdem könnte sich nach einem Verbot sofort wieder eine neue rechtsextreme Partei gründen. Wir würden einen Sieg feiern, der keiner ist. Den Kampf gegen solche Vereine aber, wie die HDJ, auch mit Verboten, halte ich für wirksamer. So werden die Strukturen geschwächt. Am allerwirksamsten ist die offensive Auseinandersetzung mit dem Gedankengut des Rechtsextremismus. Im Moment ist die NPD ja dabei, sich finanziell selbst zu Grunde zu richten. Das ist die bessere Nachricht. Durch ein

Verbot könnte sie sich zum Märtyrer stilisieren.

Was möchten Sie, falls Sie gewählt werden, im Bundestag für den Landkreis Meißen erreichen?

Natürlich werde ich die Interessen der Region kraftvoll vertreten, z.B. auf entsprechende Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan achten. Ich möchte die Region auch bundesweit bekannter machen, durch Veranstaltungen und durch prominente Gäste. Meine Landwirtschaftskollegin Ilse Aigner besucht im Sommer die Region, auch die Familienministerin von der Leyen und Innenminister Schäuble kommen im Wahlkampf. Ich möchte, dass die industrielle Basis der Region relativ unbeschadet durch die Krise kommt.

Ein Vorwurf lautet, Sie hätten in Ihrem Job zu wenig Zeit für die Region. Stimmt das?

Die Frage ist berechtigt. Aber erstens bin ich schon jetzt, so viel ich kann, im Wahlkreis unterwegs. Nach meinem Eindruck mehr als meine Gegenkandidaten mit mehr Zeit. Zweitens: Wenn sich der Wähler für jemanden entscheidet, der zu viel Zeit hat, dann spricht einiges dafür, dass der wohl nicht viel Einfluss hat. Auch Kollegen von mir wie der Finanz- oder Außenminister bewerben sich für den Bundestag. Wir werden hoffentlich nicht nur daran gemessen, wie viel Stunden wir uns im Wahlkreis aufhalten, sondern was wir für die Region tun. Trotzdem werde ich soviel Zeit wie nur irgend möglich in der Region verbringen.

Wollen Sie nach Sachsen zurück?

Wieso zurück? Ich bleibe privat in Sachsen wohnen. Ich strebe kein Regierungsamt in Sachsen an. Ich kooperiere bestens mit Ministerpräsident Stanislaw Tillich.

Das Gespräch führte Ulf Mallek

---

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=212677>

---